

Avanti²

Theoriebeilage

Inszenierung
der Albträume
von
Helmut Dahmer

ISO Rhein-Neckar

Unsere Freiheit



SOLIDARITÄT STATT KAPITALISMUS!

INHALT

TITEL

- 01 „FREIHEIT“**
Kapitalismus statt Solidarität?

EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

- 02 FRANKREICH**
Mobilisierungen

PANDEMIE

- 03 „FREIHEIT“**
Kapitalismus statt Solidarität?

- 04 AKTIONSPLAN**
Unsere Alternativen

- 05 MENSCHENKETTEN**
Wirksam gegen rechts?

PREISSTEIGERUNGEN

- 06 TEUERUNG**
Wie bekämpfen?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
das bedrohliche Krisenbündel des schwerkranken kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems ist in den letzten Tagen erweitert worden.

Die zynische Kriegstreiberei in Zusammenhang mit dem Konflikt um die Ukraine soll die arbeitenden Klassen ideologisch auf künftige militärische Auseinandersetzungen vorbereiten. Außerdem wird damit einer beschleunigten Aufrüstung der Weg geebnet.

Wir müssen uns dennoch in dieser Ausgabe von *Avanti*² mit anderen Erscheinungen des Klassenkampfes von oben befassen – der „Corona-Politik“, den damit verbundenen Protesten, der zunehmenden Teuerung und den Auseinandersetzungen um die bevorstehenden Betriebsratswahlen.

In der Theoriebeilage setzt sich Helmut Dahmer mit den faschistischen Wurzeln der „Verquer“-Denker auseinander.

Passt auf Euch auf!

Eure Redaktion

INHALT

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

- 07 BR-WAHL 2022**
„Wildwest“ in Dulger-Firma

- 08 BR-WAHL 2022**
Klassenkampf von oben?

- 10 BR-WAHL 2022**
Rauhe Zeiten

ISO / POLITISCHE BILDUNG

- 11 „CORONA-PROTESTE“**
Rechte Nutznießer?

RÜCKBLENDE / TERMINE

- 12 BERUFSVERBOTE**
Schutz der „Demokratie“

12 TERMINE

THEORIEBEILAGE

- 01 IMPFGEGNER**
Inszenierung der Albträume

Frankreich

Soziale Mobilisierungen im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen

E. B.

Es ist auch in Frankreich sehr selten, dass große Mobilisierungen während nationaler Wahlen stattfinden.

Seit Jahresbeginn finden Kämpfe im Gesundheits- und Bildungswesen statt. Ein landesweiter, branchenübergreifender Streik- und Aktionstag für Arbeit und höhere Löhne wurde am 27. Januar 2022 durchgeführt. All das zeigt, dass ein großer Teil der arbeitenden Klasse die Lage für unerträglich hält. Das durchschnittliche Nettomonatsentgelt eines Beschäftigten beträgt 1.200 Euro, das eines Arbeiters 1.330 Euro. Die massiven Preissteigerungen machen sich im Alltagsleben immer deutlicher bemerkbar.

Die Kapitalseite stopft sich hingegen die Taschen voll. Große Firmen, die in Frankreich Waren produzieren und Dienstleistungen anbieten, konnten 2021 rund 140 Milliarden Euro an offiziell ausgewiesenen Gewinnen verbuchen. Die im Aktienindex CAC 40 gelisteten Konzerne haben rund 60 Milliarden Euro an ihre Aktionäre ausgeschüttet. Die Steuerhinterziehung macht jährlich rund 80 Milliarden Euro aus.

Löhne erhöhen, Arbeitszeit verringern

Allein die 140 Milliarden Euro an Gewinnen könnten für die 16 Millionen Beschäftigten mit weniger als 2.300 Euro brutto im Monat eine Bruttolohnerhöhung von 720 Euro ermöglichen. Unsere Genossinnen und Genossen der NPA fordern deshalb einen Mindestlohn von 1.800 Euro netto und 400 Euro Aufschlag für alle.

Viele Menschen sind auch in Frankreich arbeitslos oder prekär

beschäftigt. Deshalb tritt die NPA für den sofortigen Übergang zur 32 Stundenwoche ohne Lohnverlust ein. Dadurch könnte zum Beispiel rund eine Million Menschen im Öffentlichen Dienst eingestellt werden, vor allem im Gesundheits- und im Bildungsbereich.

Mit der Kandidatur des entlassenen Ford-Arbeiters Philippe Poutou unterstreicht die NPA die Notwendigkeit, die aktuellen Kämpfe zu vereinigen und zu stärken. Wenn das gelingt, dann kann die antikapitalistische Gegenwehr sowohl gegen den neoliberalen Staatspräsidenten Macron als auch gegen die gefährlich gewordene rassistische und autoritäre extreme Rechte wirksamer werden. ■



Gewerkschaftlicher Aktionstag in Paris, 27. Januar 2022.

Unsere Freiheit: Solidarität statt Kapitalismus!

H. N.

„Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen.“ So formulierte es die Weltgesundheitsorganisation 1946, als die Verbrechen des Zweiten Weltkriegs und diktatorischer Regime wie des deutschen Faschismus noch unmittelbar bewusst waren.

Im heutigen neoliberalen Spätkapitalismus hat jedoch die Relativierung von Gesundheit und Freiheit Konjunktur. Einen aktuellen Beleg hierfür lieferte Anfang Januar 2022 FDP-Chef und Bundesfinanzminister Lindner beim Dreikönigstreffen seiner Partei. Er fabulierte dort, „Freiheit“ sei der wichtigste Wert des Grundgesetzes. Gesundheit sei zwar wichtig, habe sich aber der „Freiheit“ unterzuordnen. Schriller, aber in der Konsequenz nicht viel anders, klingt das Geschrei aus den Reihen der Impfgegnerschaft. „Lieber stehend sterben als knieend leben! Freiheit!!!“ lautet eine ihrer menschenverachtenden Parolen.

Zynismus bekämpfen

Die Corona-Politik der Herrschenden weltweit ist von klassenpolitischen Machtinteressen und zumeist von menschenverachtendem Zynismus geprägt. Statt den Schutz der Gesundheit und der Freiheit in das Zentrum einer Strategie zu stellen, dominieren dort die Profitinteressen von Konzernen, wahltaktische Überlegungen, autoritäre Tendenzen und entsprechende ideologische Positionierungen.

Ihre brutalste Zuspitzung findet diese Gemengelage in der Leugnung oder Relativierung der Gefährdung durch SARS-CoV-2. In einer weniger zugespitzten, aber dennoch unzählige Menschenleben kostenden Form steht dafür die Behauptung von der unvermeidlichen und sogar wünschenswerten Durchseuchung der Bevölkerung.

Um die vorherrschende „marktorientierte“ und planlose Politik zu verschleiern, reden die Regierenden auch hierzulande davon, dass man in der Pandemie „auf Sicht fahren“ müsse.

Folgeschwere Blindfahrt

Die Folgen dieses eher als Blindfahrt zu bezeichnendem Reagieren sprechen eine eindeutige Sprache. Seit Beginn der Pandemie

vor zwei Jahren wurden weltweit offiziell rund 5,7 Millionen Corona-Tote gezählt, in Deutschland sollen es fast 118.000 Tausend sein (Zahlen nach Johns Hopkins Coronavirus Resource Center, Stand 31.01.2022). Die wirklichen Zahlen sind jedoch in fast allen Ländern um ein Vielfaches höher (nach *The Economist*, 16.01.2022).

Hinzu kommen Millionen an Long-COVID leidende Menschen global und Hunderttausende hierzulande. Genaue Zahlen zu diesem Geschehen gibt es nicht. Internationale wissenschaftliche Studien gehen aber davon aus, dass bis zu 70 % der mit SARS-CoV-2 Infizierten unter einem oder mehreren Long-COVID-Symptomen leiden könnten (laut Stanford University, Mai 2021). In Deutschland sind es Schätzungen zufolge etwa 500.000 Menschen.

Grundrechte verteidigen

Zur Erinnerung: Im Grundgesetz (GG) steht nicht zufällig an erster Stelle die Unantastbarkeit der Würde des Menschen und das Bekenntnis zu „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten“. Im danach folgenden Artikel 2 GG heißt es: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ Dies ist zugleich mit dem Sozialstaatsgebot in Artikel 20 GG die elementare rechtliche Grundlage für einen verpflichtenden und vorbeugenden Gesundheitsschutz.

Durch das Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) von 1996 (2013 aktualisiert) ist auch in der gesamten Arbeitswelt – von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen – ein präventiver, ganzheitlicher Gesundheitsschutz zwingend vorgeschrieben. Ganzheitlich meint die Abwehr sowohl physischer als auch psychischer Gesundheitsgefährdungen.

Verpflichtender Infektionsschutz

Grundsätzlich orientiert sich daran der Infektionsschutz am Arbeitsplatz. Er ist durch die geltende SARS-CoV-2-Arbeitsschutz-Verordnung (Corona-ArbSchV) ge-

regelt. Sie „dient dem Ziel, das Risiko einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 bei der Arbeit zu minimieren und die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten zu schützen“. Die darauf aufbauende SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel konkretisiert diese Anforderungen nach dem Arbeitsschutzgesetz. Beide Bestimmungen gelten allerdings derzeit nur bis zum 19. März 2022 und sind unbedingt inhaltlich zu verbessern und weiter zu verlängern.

Gegenwehr organisieren

Die zwingenden rechtlichen Vorgaben für den Gesundheits- bzw. Infektionsschutz in der Arbeitswelt sind also eindeutig. Aber die Wirklichkeit sieht in den allermeisten Fällen ganz anders aus. Aus Unwissenheit, Unfähigkeit oder gar bewusst aus klassenpolitischen Interessen missachten oder bekämpfen Firmenleitungen und Interessenverbände die gesetzlichen Vorgaben.

Nur der Aufbau einer sozialen und ökologischen Front, die bereichsübergreifend für klassenpolitische Solidarität in Zeiten der Pandemie eintritt, ist in der Lage, die Bekämpfung der herrschenden Politik mit der Abwehr der rechten, coronaleugnenden Bewegung konsequent zu verbinden. ■

**CAPITALISMUS
CORONA
CHAOS**



STOPPEN!

Unsere Alternative Solidarische Planung statt kapitalistisches Chaos

H. N.

Aus den besten Erfahrungen und Methoden eines wirksamen Infektionsschutzes in der Arbeitswelt kann und muss ein strategischer gesellschaftlicher Aktionsplan zur Pandemiebekämpfung in allen gesellschaftlichen Bereichen abgeleitet werden.

Es geht also um eine konsequente präventionsorientierte Strategie, die einzelne Menschen- und Grundrechte nicht gegeneinander stellt. Gesundheit darf nicht mit Unterdrückung und Freiheit nicht mit Rücksichtslosigkeit gleichgesetzt werden. Im Gegenteil: Gesundheit ist eine elementare Voraussetzung für individuelle und gesellschaftliche Freiheit, und Freiheit lässt überhaupt nur Gesundheit zu.

An die Stelle der bisherigen chaotisch von oben verkündeten „Corona-Politik“ muss ein leicht verständlicher und aktivierender Infektionsschutz treten. Um wirksam sein zu können, hat er am Alltag der großen Mehrheit und an deren Bewusstsein anzuknüpfen. Nur so kann ein breites Verständnis für die Vorteile eines vorbeugenden Gesundheitsschutzes entwickelt werden.

Zehn Vorschläge

Unsere Vorschläge für einen gesellschaftlichen Aktionsplan zur aktuellen (und zukünftigen!) Pandemiebekämpfung lassen sich in zehn Punkten zusammenfassen:

1. Ständige muttersprachliche Aufklärung über die Gefahren der Pandemie, über das Recht auf wirksamen Infektionsschutz, die Notwendigkeit der flächendeckenden Umsetzung der AHA-L-Regeln und das kostenlose Zurverfügungstellen von FFP2-Masken
2. Statt der Ablenkung durch Debatten über eine „allgemeine Impfpflicht“ niedrigschwellige und leicht wahrnehmbare Angebote zuverlässiger kostenloser Test- und Impfmöglichkeiten
3. Schnelle Entwicklung und kontinuierliche Umsetzung eines standardisierten, einfach zu konkretisierenden Infektionsschutzes in allen gesellschaftlichen Bereichen – beginnend mit den Brennpunkten der Pandemie (Altenheime, Flüchtlingsunterkünfte, Handels- und Industriebetriebe, Kitas, Krankenhäuser, Schulen ...)
4. Betriebliche und überbetriebliche Überprüfung der erforderlichen Gefährdungsbeurteilungen und der Einhaltung des TOP- Prinzips, das heißt der Umsetzung technischer (z. B. Luftfilter), organisatorischer (z. B. Abstandsregelungen) und persönlicher Schutzmaßnahmen (z. B. FFP2-Masken) in dieser Rangfolge
5. Wirksame Durchsetzung des Rechts zur Gründung von Betriebsräten und Bildung von durch die Beschäftigten kontrollierte Kommissionen für Infektionsschutz in allen Unternehmen mit mindestens fünf Beschäftigten
6. Konsequente politische und strafrechtliche Abwehr von Betriebsratsmobbing und Gewerkschaftsbekämpfung

7. Schnelle Verbesserungen in der Pflege (Abkehr vom profitgetriebenen System der „Fallpauschalen“, mehr und besser qualifiziertes Personal, gesundheitsschützende Arbeitsbedingungen, spürbar höhere Entlohnung)

8. Wiederaufbau und -ausbau der durch die neoliberale Politik weitgehend handlungsunfähigen Gesundheitsämter und der Gewerbeaufsicht

9. Freigabe aller Impfstoff- und Medikamentenpatente gemäß Artikel 14 GG (Durchsetzung der Sozialbindung des Eigentums) und Unterstützung des Aufbaus eines weltweiten, demokratisch kontrollierten Systems des Infektionsschutzes und der Produktion und Verteilung von Masken und Impfstoffen

10. Kampf für ein präventives staatliches Gesundheitssystem als integraler Bestandteil der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge.

Ein derartiger Plan wird letztendlich nur durch massiven, über die einzelnen Bereiche hinweg koordinierten Druck von unten durchgesetzt werden.

Selbstverständlich erfordert die erfolgreiche Bekämpfung einer globalen Pandemie, dass auch ihre Ursachen auf Weltebene systematisch angegangen werden – insbesondere die kapitalistische „Globalisierung“ und die damit verbundene Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Natur.

Mehr denn je gilt deshalb der Satz: Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!



Menschenkette „Uffpass“ in Mannheim, 27. Dezember 2021.

Foto: helmut-roos@web.de.

Mit Menschenketten gegen rechte „Corona-Proteste“?

H. S.

Seit mehreren Wochen gibt es auch in Mannheim unangemeldete „Spaziergänge“ gegen die Corona-Politik der Regierenden. Mit Parolen wie „Friede, Freiheit, keine Diktatur“ und „Widerstand“ protestieren sie gegen die Corona-Schutzmaßnahmen und vor allem das Impfen. Manche der Teilnehmenden verhalten sich sehr aggressiv.

Am Montag, den 27. Dezember 2021, regte sich dagegen erstmals breiter organisierter Widerstand. Auf Initiative zweier Grünen-Stadträte wurde unter dem Motto „Uffbasse! Solidarität in der Pandemie mit Abstand und Rücksicht!“ zur Gegenkundgebung aufgerufen. Insgesamt bildeten rund 500 Personen eine Menschenkette ums Rathaus. Wegen der Abstandshaltspflicht hatten sie sich untereinander mit Schals verbunden.

Die Teilnehmenden an der Menschenkette machten deutlich, dass sie für Solidarität, Rücksichtnahme, Impfen und die Einhaltung der Corona-Schutzmaßnahmen auf die Straße gehen.

Am Rande des Paradeplatzes gab es zusätzlich einen angemeldeten Infostand der „Omas gegen Rechts“. Sie klärten mit Flugblättern über die Unterwanderung der Montagsdemos durch faschistische Kräfte auf. Dabei wurden sie von rechten „Spaziergängern“ bedroht und von „Uffbasse!“-Unterstützern verteidigt.

An den beiden darauffolgenden Montagen wurde die Menschenkette bis zum Paradeplatz verlängert. Die Zahl der Beteiligten stieg auf etwa 1.000 an.

Die Mannheimer Initiative erhielt große mediale Aufmerksamkeit und ermutigte Aktive in vielen anderen deutschen Städten zu ähnlichen Kundgebungen – auch in Ludwigshafen und Weinheim.

„Corona-Proteste“ von rechts

Zu den „Spaziergängen“ in Mannheim hatte unter anderem der rechte Telegram-Kanal „Freie Pfälzer“ aufgerufen, offensichtlich in Anlehnung an die erfolgreichen Mobilisierungen der „Freien Sachsen“ in Ostdeutschland.

Solche Proteste werden von den Rechten benutzt, um ihren faschistoiden Begriff von „Freiheit“ auch im bürgerlichen Lager zu etablieren. Wesentliche Teile der „Querdenker“-Szene haben ihn bereits

übernommen. Sie haben kein Problem damit, gemeinsam mit Rechtspopulisten und Faschisten zu demonstrieren.

Zudem finden die krudesten Verschwörungserzählungen immer mehr Verbreitung selbst bis in „linke“ und gewerkschaftliche Kreise hinein. Das ist eine äußerst bedenkliche Entwicklung.

Natürlich sind Proteste und Demonstrationen in der Auseinandersetzung mit der Corona-Politik notwendig. Aber doch nicht, weil die Regierung zu viel macht, sondern weil sie die Pandemie nicht konsequent bekämpft.

Den Regierenden sind die Profite der Konzerne wichtiger als die Gesundheit der Menschen. So wurde zum Beispiel die Pandemie-Risikoanalyse der Bundesregierung von 2012 vollständig ignoriert. Dort sind die Auswirkungen einer möglichen Pandemie im Detail beschrieben und darüber hinaus Handlungsanweisungen zur Prävention formuliert.

Trotzdem hatten die Regierenden keine Vorsorgemaßnahmen für eine Stärkung des Gesundheitssystems oder zur Vorhaltung von ausreichender Schutzausrüstung getroffen.

Verantwortliche benennen

Die Verantwortung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der Regierungspolitik für

die jetzige Situation muss benannt werden.

Zum Beispiel wegen

- der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen von Mensch und Tier, die die Entstehung von Zoonosen (Übertragung von Viren vor allem durch Tiere auf Menschen) begünstigt
- der tiefen Spaltung der Gesellschaften in arm und reich, die sich gerade in der Pandemie noch weiter verschärft
- der Nichtfreigabe der Impfstoffpatente zur besseren Versorgung der ärmeren Länder mit den notwendigen Impfstoffen
- der unhaltbaren Situation im Pflegebereich und die Überlastung der schlecht bezahlten Beschäftigten.

Das sind wichtige Punkte, die auf den Demos und Aktionen sicht- und hörbar gemacht werden müssen.

Notwendige Kritik von links

Der notwendige und berechtigte Protest gegen die Regierungspolitik kommt aber bei den Menschenketten viel zu kurz, auch weil zu oft Linke nicht mit den „etablierten“ Kräften demonstrieren wollen. Dabei wäre es gerade beim Thema Corona erforderlich, antikapitalistische Forderungen und regierungskritische Positionen auch in diesem Milieu zu vertreten. ■



Aktion gegen rechte „Corona-Proteste“ in Weinheim, 24. Januar 2022.

Foto: Privat.

Stoppt die Preise Die Reichen sollen zahlen

U. D.

Auf den Seiten des Statistischen Bundesamtes fanden sich zum 26. Januar 2022 folgende Zahlen zur Entwicklung der Verbraucherpreise: Inflation 5,3 %; Energiepreise plus 18,3 % und Nahrungsmittelpreise plus 6 %. Allein diese Zahlen verdeutlichen das Ausmaß der sozialen Bedrohung für Millionen Menschen. Sie sind die aktuelle Spitze einer seit langem anhaltenden Entwicklung.

Seit Jahren wird bezahlbarer Wohnraum knapp. „Alte“ Wohnviertel sind zu einem Anlage- und Spekulationsfeld für „überschüssiges“ Kapital geworden. Bestandswohnungen werden „modernisiert“, Mieten zum Teil drastisch erhöht und Menschen mit niedrigem Einkommen aus ihren angestammten Vierteln verdrängt.

Seit Jahren verfolgt die Europäische Zentralbank das Ziel einer permanenten durchschnittlichen Inflation von zwei Prozent und hält an einer Null-Zinspolitik fest. Damit trifft sie unter anderem diejenigen, die lediglich kleine Sparrücklagen bilden können, um auf notwendige Neuanschaffungen oder Reparaturen vorbereitet zu sein. Diese Rücklagen verlieren jedes Jahr an realer Kaufkraft.

Die Armen werden ärmer

Aber die permanente Inflation entwertet nicht nur Spareinlagen, sondern auch Löhne und Gehälter, Kurzarbeits-Geld, Transferleistungen (Renten, ALG I, Hartz IV usw.) sowie niedrige Einkommen von Kleinstselbstständigen.

Die während der Pandemie abgeschlossen Tarifierhöhungen wurden von den gestiegenen Preisen längst aufgezehrt. Noch schlechter geht es tariflosen oder mit Niedriglohn Beschäftigten, deren Löhne schon mit der „normalen“ Inflation oftmals nicht mithalten können. Millionen von arbeitenden Menschen sind so mit einer spürbaren Verschlechterung ihrer sozialen Lage konfrontiert.

Die offizielle Preissteigerung ist „nur“ eine Durchschnittsrechnung auf Grundlage des sogenannten Warenkorb. In Wirklichkeit ist die persönliche Betroffenheit jedoch sehr unterschiedlich und abhängig von der jeweiligen Einkommens- und Lebenssituation.

So errechnet sich für ärmere Haushalte zwar eine niedrigere Inflation als für reichere, aber im realen Alltagsleben werden sie von steigenden Preisen viel härter getroffen. Sie verfügen über keine finanziellen Spielräume und haben am Monatsende nichts übrig oder sogar ein Minus. Mit der aktuellen Preisentwicklung rutschen sie noch mehr in die Schulden- und Armutsfalle.

Die Reichen werden reicher

Im Gegensatz dazu konnten Reiche in den letzten Jahren ihr Vermögen in bislang unbekanntem Umfang vermehren. Sie weichen der Inflation mit Investitionen in Immobilien und Grundbesitz oder in die globalen Aktien- und Finanzmärkte aus. Die neoliberalen Deregulierungen der letzten Jahrzehnte machen es möglich.

So konnte der Tesla-Gründer Elon Musk sein Vermögen innerhalb eines Jahres auf fantastische 300 Mrd. US-\$ nahezu verdoppeln. Dies gelang in Deutschland auch den Familien Albrecht (Aldi) und Schwarz (Lidl). Inzwischen verfügen die zehn reichsten Männer (!) dieser Welt über so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Menschheit.

Kapitalismus abschaffen

Diese Entwicklung folgt der inneren Logik des kapitalistischen Ausbeutungs- und Profitsystems, die letztendlich nur mit der Abschaffung des Kapitalismus durchbrochen werden kann.

Nationalistische, rassistische und faschistische Strömungen führen nicht aus dem Elend des Kapitalismus, sondern in eine verheerende Sackgasse. Sie verschärfen zwischenstaatliche Konflikte, führen zu Krieg und zur gewalttätigen Ausgrenzung und Vernichtung von Menschen.

Notwendig sind stattdessen internationale Solidarität, eine bedürfnisorientierte, ökologische Wirtschaft und eine rätodemokratische, sozialistische Gesellschaft.

Die Reichen sollen zahlen

Unabhängig von diesem Ziel, braucht es kurzfristig umsetzbare Maßnahmen, um die soziale Lage von Millionen zu verbessern:

1. Einen Lohnaufschlag von 200 € für alle abhängig Beschäftigten
2. Einen Mindestlohn von 15 €
3. Die automatische Anpassung der Löhne und Transferleistungen an die Preisentwicklung (gleitende Lohnskala)
4. Die Festlegung eines Preisstopps für Mieten, Energie, Lebensmittel und öffentlichen Personenverkehr.

Diese Forderungen sollten wir in soziale Bewegungen, Betriebe und Gewerkschaften einbringen. Die anstehenden Tarifrunden bieten dazu die nächste Gelegenheit. Notwendig ist, diese aktiv und kämpferisch vorzubereiten und konsequent durchzuführen. So könnte auch ein Impuls entstehen, um die unterschiedlichen Kräfte in einer gemeinsamen solidarischen Front zu bündeln. ■



Alstom-Demo in Mannheim, 30. Mai 2011.

Foto: helmut-roos@web.de.

ProMinent Heidelberg

Dulger-Firma will gelben „Betriebsrat“

O. T.

ProMinent ist ein höchst profitabler Hersteller von Dosieranlagen und Systemen für die Wasseraufbereitung mit rund 700 Beschäftigten am Stammsitz in Heidelberg (weltweit ca. 2.700).

Die Geschäftsführung besteht aus Andreas Dulger, Benedikt Nagel und Rainer Dulger, dem Präsidenten der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und damit höchstem Repräsentanten des Kapitals in Deutschland.

Bei ProMinent gibt es aktuell Ärger wegen der Einflussnahme der Firmenleitung auf die bevorstehende Betriebsratswahl. In einem Aushang fordert sie die „lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ auf, den amtierenden Betriebsrat bei der bevorstehenden BR-Wahl abzuwählen und stattdessen für ein firmenhöriges Gremium zu stimmen.

Dem jetzigen Betriebsrat wirft das Management vor, dass er sich nicht konstruktiv verhalten würde. Lösungen könnten oft nur über das Arbeitsgericht und Einigungsstellenverfahren gefunden werden. Das koste Geld und binde Energie, das besser für die Kunden- bzw. Mitarbeiterzufriedenheit eingesetzt werden könne.

Abschließend heißt es in dem Schreiben an die Belegschaft: „Wenn auch Sie der Meinung sind, dass wir eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat brauchen, stellen Sie sich zur Wahl! Gründen Sie eine Kandidatenliste oder kandidieren Sie auf einer solchen, unterstützen Sie Bewerber und Listen, denen Sie vertrauen! Machen Sie ihr Kreuz mit dem Bewusstsein, eine wichtige Entscheidung für die zukünftige Entwicklung von ProMinent in einem harten Marktumfeld und unseres Stammsitzes in Heidelberg auch nach über 60 Jahren zu treffen!“

BR-Mobbing aus dem Lehrbuch

Das, was die Geschäftsführung unter dem Deckmantel der „freien Meinungsäußerung“ unternimmt, ist eine dreiste Beeinflussung der Betriebsratswahlen, um den bisherigen aktiven Betriebsrat loszuwerden.

Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats nach dem Betriebsverfassungsgesetz sind dem Management anscheinend ein Dorn im Auge. Es pfeift offenbar auf geltende Gesetz-

te, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen.

Dass dies ausgerechnet im Betrieb des BDA-Präsidenten durchexerziert wird, muss hellhörig machen. Soll dieses Vorgehen als Blaupause für andere Betriebe dienen, frei nach dem Motto: Von ProMinent lernen, heißt siegen lernen?

Der aktuelle Vorgang ist die weitere Zuspitzung eines schon lange von der Unternehmensspitze geführten Zermürbungskriegs gegen die aktiven Betriebsräte. Er soll jetzt zu Lasten der Belegschaft und ihrer Interessenvertretung bis zum endgültigen „Sieg“ weitergeführt werden.

Schon seit langem wirft die Geschäftsleitung dem Betriebsrat vor, er würde zu viel Zeit mit Sitzungen und Besprechungen verbringen. Die anfallenden Arbeiten der Betriebsratsmitglieder müssten deshalb von anderen Beschäftigten mitgeleistet werden.

Dass es die Verantwortung der Firmenspitze ist, für den notwendigen personellen Ausgleich bei anfallender Betriebsratsarbeit zu sorgen, sagt sie natürlich nicht. Das macht deutlich, dass es den betrieblich Verantwortlichen nicht um die Überlastung der Beschäftigten geht, sondern darum, den Betriebsrat in ein schlechtes Licht zu rücken und die Belegschaft gegen ihn aufzuhetzen.

Die Kosten, die durch die Einschaltung des Arbeitsgerichts und von Einigungsstellen anfallen, sind darauf zurückzuführen, dass die Unternehmensführung immer wieder das Betriebsverfassungsgesetz, das Arbeitsschutzgesetz und andere Regelungen missachtet. Im Unternehmen soll der Spruch kursieren: „Gilt dieses Gesetz auch für uns?“

In einigen Fällen hat das Unternehmen selbst das Arbeitsgericht angerufen. Zum Beispiel zur Durchsetzung des Umzugs in die neuen Büros in der Maaßstraße, in dessen Folge es zu Corona-Infektionen kam.

Belegschaftsinteressen verteidigen

Die vom Management scheinheilig beklagten „hohen Kosten“ hat es also selbst zu verantworten. Zudem behauptete es sogar, dass wegen der Forderungen des Betriebsrats die Arbeitsplätze gefährdet seien.



Derartige Drohungen dienen ausschließlich dazu, den Betriebsrat zu diffamieren und von der Belegschaft zu isolieren. Das Schüren der Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes soll das Wahlverhalten der Belegschaft beeinflussen.

IG Metall gefordert

Das illegale Vorgehen der ProMinent-Führung muss gestoppt werden. Nicht nur der Betriebsrat, sondern auch die zuständige IG Metall-Geschäftsstelle Heidelberg haben die Vorgehensweise der Geschäftsleitung als unzulässige Wahlbeeinflussung kritisiert. Jetzt muss die Gewerkschaft ihren Worten Taten zur Verteidigung ihrer aktiven IGM-Betriebsratsmitglieder folgen lassen.

Für den Betriebsrat und die Belegschaft ist nun entscheidend, dass sie sich nicht auseinanderdividieren lassen. Die gesetzliche Aufgabe des Betriebsrats ist es, die Anliegen der Beschäftigten und nicht die der Geschäftsleitung zu vertreten. Alle Kolleginnen und Kollegen sollten das in ihrem ureigensten Interesse verstehen!

Die Angriffe der Firmenspitze gegen den Betriebsrat richten sich in Wirklichkeit gegen die Belegschaft. Offenbar plant die Firma Verlagerungen und Personalabbau und will diese Vorhaben billig und schnell auf Kosten der (Noch-)Beschäftigten durchziehen. ■

Betriebsratswahl 2022

Klassenkampf nur von oben?

Die bevorstehenden Betriebsratswahlen spielen in der veröffentlichten Meinung und selbst in weiten Teilen der politischen Linken praktisch keine Rolle. Dabei sind sie trotz der sehr massiven Einschränkungen von Demokratie in der Arbeitswelt für Millionen Arbeitende von großer Bedeutung. Es macht einen spürbaren Unterschied für Beschäftigte, ob es in „ihrem“ Unternehmen eine aktive und kämpferische Interessenvertretung gibt oder nicht. *Avanti*² hat deshalb mit Clara, einem in der IG Metall organisierten BR-Mitglied, gesprochen.*

Kannst Du uns zuerst was über „Dein“ Unternehmen und Deine Person erzählen?

Clara: Unser Unternehmen hat rund 1.000 Beschäftigte. Ich selbst bin seit bald 30 Jahren in diesem Betrieb beschäftigt. Von Anfang an habe ich mich der IG Metall angeschlossen, da ich schon immer ein gewerkschaftliches Bewusstsein hatte. Ich habe schnell erkannt, dass Lohnerhöhungen und gute Arbeitsbedingungen erkämpft werden müssen. Für die Interessen der Arbeitenden sorgen nur gewerkschaftlich Organisierte. Kapitalisten machen sowas nicht. Deshalb habe ich mich auch schnell für den Betriebsrat interessiert. Ich bin seit nun fast 20 Jahren in unserem BR-Gremium aktiv.

Warum ist es wichtig, einen Betriebsrat zu haben?

Clara: Ohne einen Betriebsrat sind die Beschäftigten dem Unternehmer mehr oder weniger ausgeliefert. Eigentlich haben Firmeneigner und ihr Management eine Verantwortung für die

Menschen, die für sie arbeiten. Doch daran müssen sie stets erinnert werden. Mir ist zum Beispiel Arbeits- und Gesundheitsschutz besonders wichtig. Auch der Datenschutz nimmt für mich in der heutigen Zeit eine immer bedeutendere Rolle ein. Der Betriebsrat schützt die Beschäftigten und setzt sich für ihre Rechte und Interessen ein. Er hat viele Vorteile für die Kolleginnen und Kollegen und sogar für die Firma. So wird die Belegschaft nicht nur vor Schäden bewahrt, sondern es werden auch moralische und soziale Aspekte berücksichtigt. Hingegen hat die Gegenseite meist ausschließlich die Profitmaximierung im Sinn. Viel zu oft bekämpft sie deshalb engagierte Betriebsräte.

Strebt Ihr für die Betriebsratswahl Listen- oder Personenwahl an?

Clara: Seit ich im Unternehmen bin, hatten wir immer die Personenwahl, bei uns als Persönlichkeitswahl bekannt. Eine Persönlichkeitswahl macht aus meiner Sicht auch mehr Sinn. Auf Listen



Protest gegen BR-Mobbing am 1. Mai 2020 in Mannheim.

Foto: helmut-roos@web.de.



Protest gegen BR-Mobbing am 8. August 2019 in Darmstadt.

Foto: Privat.

sind zu viele Unbekannte und Menschen, die in der Regel nicht für den Betriebsrat kandidieren würden. Es stellen sich nicht selten die merkwürdigsten Listen auf. Viel zu oft stehen dann Menschen auf diesen Listen, denen es nicht um die Interessen der Belegschaft geht. Mal ganz davon abgesehen, dass bei einer Persönlichkeitswahl die Belegschaft ihren Wunschbetriebsrat zusammenstellen kann, haben auch alle Kandidierenden gleiche Chancen. Bei einer Listenwahl haben nur die Listenführer gute Karten, und der Einfluss der Belegschaft bei der Wahl wird eingeschränkt.

Was erwartet Ihr jetzt für diese Wahl?

Clara: Die Firmenleitung nimmt aggressiv Einfluss auf die BR-Wahl. Sie hat ein Schreiben veröffentlicht, in dem sie den amtierenden Betriebsrat angreift. Sie ruft sogar die Belegschaft dazu auf, gegnerische Listen zu bilden. Das Management wirft uns vor, dass wir uns zu sehr gemäß unserer gesetzlichen Aufgabe engagieren würden. Lieber würde die Geschäftsleitung einen Pseudo-Betriebsrat haben, der keinen „Ärger“ macht. Da wir aber das Betriebsverfassungsgesetz ernst nehmen, werden wir als Störfaktor dargestellt und bekämpft.

Mit was rechnet Ihr jetzt?

Clara: Aus unserer Sicht wird die Kaputalseite alles versuchen, um den jetzigen Betriebsrat zu zerstören. Mittlerweile müssen wir mit Allem rechnen, von Bestechung bis hin zur Verdachtskündigung. Wir dürfen jetzt keine Fehler machen und uns nicht provozieren lassen. Außerdem brauchen wir eine gute Strategie, um gegen die ständigen Angriffe vorzugehen. Dazu holen wir uns Unterstützung, wo es nur möglich ist. Vor allem von externen Gewerkschaftsaktiven, dem Überbetrieblichen Solikomitee und dem Solidaritätskomitee gegen Betriebsratsmobbing bekommen wir große Unterstützung.

Ist die Firmenleitung Euer einziges Problem?

Clara: Leider nein. Von unseren 13 Betriebsräten sind 8 in besonderem Maße für die Belegschaft aktiv. Dann gibt es noch ein paar „neutrale“ Betriebsräte und es gibt noch eine kleine Fraktion, die Handlanger der Unternehmensführung ist. Die Hauptfigur dieser Gruppe ist ein früher freigestelltes BR-Mitglied, das aber von der Betriebsratsmehrheit, die sich für die Belegschaft einsetzt, abgewählt worden ist. Jetzt hofft diese Gruppierung, gemeinsam mit dem Unternehmer die aktiven Betriebsräte in die Minderheit oder sogar ganz aus dem Betriebsrat zu drängen. Diese Leute haben schon immer betont, wie wichtig ihnen die „Sozialpartnerschaft“ mit dem „Arbeitgeber“ ist.

Wie geht Ihr jetzt vor?

Clara: Wir haben schon mit der IG Metall abgesprochen, dass wir jetzt eine offene Gewerkschaftsliste aufstellen. Wir wollen damit die Persönlichkeitswahl verteidigen. Natürlich müssen wir uns auf alle Eventualitäten, so gut es geht, vorbereiten. Und natürlich sind wir ganz nah an der Belegschaft dran, weil es ja schließlich um sie geht. Wir hoffen, dass die Kolleginnen und Kollegen sich nicht von der Firmenleitung beeinflussen lassen und uns mit ihrer Stimme unterstützen. Aufgeben und sich wegducken war für uns eh' nie eine Option. Wer kämpft kann verlieren, aber wer nicht kämpft, hat schon verloren. Oder anders ausgedrückt: Nur wer kämpft, der kann auch gewinnen!

Danke für das Interview! Wir drücken Euch fest die Daumen und unterstützen Euch mit allen Kräften. Gemeinsam sind wir stark. ■

* [Die Fragen stellte N. M., der Name der Kollegin wurde zu ihrem Schutz geändert.]

Raue Zeiten erfordern aktive Betriebsräte

Zur Betriebsratswahl 2022 (Teil II)*

U. D.

Halten wir fest: Die Zeiten innerhalb und außerhalb der Betriebe sind rauer geworden. Rund 13 Millionen sind prekär beschäftigt. 10 Millionen arbeiten unterhalb der Schwelle von 12 Euro die Stunde.

In den Betrieben wird die Arbeit weiter verdichtet und der Erfolgsdruck stetig erhöht. Permanente Umstrukturierungen sowie drohender oder erlebter Personalabbau erzeugen in den Belegschaften existenzielle Ängste.

Angesichts dieser Entwicklung stellt sich für Aktive in den Gewerkschaften die grundsätzliche Frage, wie man handeln möchte. Will man mit „Co-Management“ das Firmeninteresse nach noch mehr Profit unterstützen? Will man trotz aller betrieblichen Angriffe an der Idee einer Sozial- und Betriebspartnerschaft festhalten? Oder orientiert man sich ausschließlich an den Interessen der Belegschaft? Tritt man dem betrieblichen Klassenkampf von oben konsequent entgegen und steht für eine aktive, vom Unternehmen unabhängige Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit?

Organisiert arbeiten

Betriebs(rats)arbeit beginnt nicht erst vor der Wahl. Wer eine aktive Arbeit im Betrieb machen will, muss gerade in der Zeit zwischen den Wahlen aktiv und sichtbar sein. Nur so und im engen Austausch mit Vertrauensleuten und anderen Aktiven kann man sich die notwendige Anerkennung erwerben.

Dabei sollte die praktische Arbeit regelmäßig überprüft und diskutiert werden. Wenn eine Aktiven-Gruppe im Betrieb existiert, kann man dort die Diskussion führen. Ist man noch allein, sollte man als erstes versuchen, im Betrieb Gleichgesinnte zu finden und einen stabilen Kreis von Aktiven aufzubauen.

Besonders hilfreich ist eine örtliche oder regionale überbetriebliche Vernetzung. So lässt sich von den Erfahrungen anderer profitieren und Betriebsblindheit verhindern.

Offen sein

Gewerkschaftliche und politische Arbeit im Betrieb sollte nicht auf den Betriebsrat reduziert werden. Auch wenn dessen Bedeutung in den letzten Jahrzehnten erheblich zugenommen hat, ist dieser doch nur eine Möglichkeit, im Betrieb politisch und gewerkschaftlich aktiv zu sein.

Politische Arbeit im Betrieb kann ganz unterschiedlich aussehen. Es kann darum gehen, die Gewerkschaft, den Vertrauensleutkörper oder einen aktiven Betriebsrat aufzubauen. Aber es kann auch bedeuten, eine unabhängige Belegschaftsgruppe zu bilden.

Klug handeln

Je aktiver und widerständiger man ist, je größer Erfolg und Zuspriech sind, umso mehr wird man als „betriebliche Störung“ wahrgenommen. In der Folge kann es passieren, dass das Unternehmen versucht, zu integrieren, Wahlen zu beeinflussen, zu mobben oder gar zu kündigen. Dabei ist alles möglich.

Scharfer Gegenwind kann auch vom zuständigen Gewerkschaftsapparat kommen. Will dieser am „sozialpartnerschaftlichen Miteinander“ mit dem Unternehmen festhalten, kann jegliche Infragestellung dieser Politik zu feindlichen Reaktionen bis hin zur Verweigerung jeglicher Unterstützung führen.

Umso wichtiger ist es, die eigenen Kräfte nicht in isoliertem und blindem Aktionismus zu verausgaben, sondern sich geduldig zu „verankern“, mit anderen Beschäftigten gemeinsam zu handeln und Vereinzelung zu vermeiden.

Die Belegschaft einbeziehen

Die Mehrheit der Beschäftigten ist trotz steigenden Arbeitsdrucks „froh“, dass der „Laden gut läuft“. Schließlich wissen sie, dass mit Arbeitsplatzverlust sozialer Abstieg und Hartz IV drohen.

Daher sind viele empfänglich für Drohungen des Unternehmens. Zum Beispiel wenn behauptet wird, der Betriebsrat gefährde mit seiner konfliktorientierten Politik das Unternehmen und die Arbeitsplätze.

Dies macht eine inhaltliche sowie praktische Gegenstrategie notwendig. Einerseits sollten immer wieder die gegensätzlichen Interessen von Beschäftigten und Unternehmen deutlich gemacht werden. Andererseits muss dies mit einer beharrlichen und kontinuierlichen Praxis verbunden werden, die versucht, die Belegschaft für ihre Interessen zu aktivieren und zu organisieren. Nur so lässt sich auf Dauer das vorhandene Bewusstsein erfolgreich verändern. ■

*[Am 13. November 2021 organisierte die ISO Rhein-Neckar ein Seminar zur Vorbereitung der Betriebsratswahlen 2022. In der vorliegenden Ausgabe von *Avanti*² veröffentlichen wir den zweiten Teil des Referats „Harte Zeiten fordern harte Betriebsräte“. Der erste erschien in der *Avanti*² vom Januar 2022.]



DGB-Kundgebung am 1. Mai 2021 in Mannheim.

Foto: helmut-roos@web.de.

„Corona-Proteste“

Rechte Nutznießer?

R. G.

„Wem nützen die Corona-Proteste?“ Dieser Frage sind wir Ende Januar in unserem Infoabend nachgegangen. Nicht zuletzt, weil in der „Corona-Protestbewegung“ Reichsbürgertum, Faschismus, religiöser Fundamentalismus und andere menschenverachtende Strömungen in vorderster Reihe agieren.

Der Referent bot einen gelungenen Einblick in die „Querdenker“-Bewegung seit ihren Anfängen im Jahr 2020. Die ursprüngliche „Querdenker“-Bewegung und die daraus entstandene Partei „Widerstand 2020“ seien als organisatorischer Rahmen gescheitert und wichtige Wortführer ins Ausland geflohen. Heute sei die Bewegung lokaler und dadurch aktionsfähig geblieben.

Im Kern rassistisch und antisemitisch

Im Kern seien die „Querdenker“-Bewegung und wichtige Aktive rassistisch, antisemitisch und reaktionär bis offen faschistisch. Im Vordergrund stünde der Protest gegen die Corona-Maßnahmen. Gleichzeitig biete die Bewegung Raum für vielfältige Positionen und ermögliche es damit, sich in ihr wiederzufinden. Ob Impfgegnerschaft, für Natur- und Tierschutz, „Freiheit“ und „Demokratie“ oder gegen das „große Geld“. Fast alles sei möglich. Dabei werde immer wieder geschickt auf rassistische und antisemitische Vorurteile angespielt und diese vertieft.

Eine besondere Bedeutung hätten von Anfang an rechte Medienaktive gespielt. Sie hätten mit unzähligen Beiträgen über die Aktionen informiert und dadurch das Gefühl der eigenen Größe und Bedeutung verstärkt. Auch wenn die Bewegung letztendlich abebben werde, sei es der politischen Rechten gelungen, sich zu stärken und das „Sagbare“ deutlich nach rechts zu verschieben.

Angesichts dieser Situation müsse die politische Linke ihre Alternativen zur herrschenden Politik diskutieren und diese veröffentlichen. Dabei müsse sie auch ihre Haltung zu Aufklärung und Wissenschaft sowie zu Anthroposophie und Esoterik klären. Eine wichtige Aufgabe sei aktuell der Schutz der von der „Querdenker“-Bewegung bedrohten Menschen.

Rechte Gefahren ...

Die anschließende Diskussion setzte sich mit den Ursachen und der Bedeutung der „Anti-Corona“-Bewegung auseinander. Einheitlich wurde diese als gefährlich eingestuft. Sie radikalisiere sich. Sie stelle einen möglichen Keim einer faschistischen Massenbewegung dar. Sie vereinnahme „linke“ Inhalte der früheren Frauen- und Friedensbewegung und verbinde diese mit der Impfgegnerschaft. Sie sei zwar vorwiegend „bürgerlich“ geprägt, wirke aber ideologisch in die Betriebe und Gewerkschaften hinein.

Die Einschätzung der an den „Corona-Proteste“ Beteiligten war unterschiedlich. Zwar sei die organisierte Rechte heute stärker vertreten als vor zwei Jahren, dennoch müsse die Bewegung differenziert betrachtet werden. Nicht alle Demonstrierenden seien auch dem faschistischen Lager zuzurechnen.

Ein Beitrag analysierte, dass die eigentliche Triebfeder der Bewegung nicht „Corona“ sei. Vielmehr sei die Bewegung Ausdruck der aktuellen Krisen des globalen Kapitalismus und der dadurch entstehenden „Bruchlinien“.

... und linke Chancen

Die Diskussion über die „Corona-Proteste“ ist letztendlich auch eine über die kapitalistischen Krisen, die daraus resultierenden Bedrohungen sowie das Gefühl des ohnmächtigen Ausgeliefertseins. Sie ist aber auch eine Auseinandersetzung über die aktuelle Schwäche der politischen und gewerkschaftlichen Linken. Deren Antworten auf die kapitalistischen Krisen und ihre praktischen Aktivitäten sind zurzeit offensichtlich wenig glaubwürdig und anziehend. Nicht zuletzt aufgrund der organisatorischen und ideologischen Integration der arbeitenden Klasse und der Gewerkschaften in das kapitalistische System.

Dennoch gibt es Chancen und für diese auch gute Beispiele: Die erfolgreiche Kampagne zur Enteignung von Wohnungsbaugesellschaften in Berlin, die weltweite Klimagerechtigkeitsbewegung, die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen bei Amazon, die zahllosen täglichen Abwehrkämpfe in Industriebetrieben, Krankenhäusern, Wohnvierteln, Schulen, Unis ...

Es ist eine der drängendsten Aufgaben der politischen und gewerkschaftlichen Linken, sich außerparlamentarisch inhaltlich und praktisch zu vernetzen. Nur wenn die unterschiedlichen sozialen, ökologischen und politischen Kämpfe in einer gemeinsamen solidarischen Front zusammengeführt werden, lassen sich der neoliberale Kapitalismus und seine braunen Banden zurückzudrängen. ■



„Corona-Proteste“ in Mannheim, 27. Dezember 2021. Foto: helmut-roos@web.de.

Vor 50 Jahren Mit Berufsverboten „mehr Demokratie wagen“?

M. G.

Der „Radikalenerlass“ der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unter Willy Brandt („Mehr Demokratie wagen!“) trat am 28. Januar 1972 in Kraft.

Angeblich war dieser Erlass gegen „Radikale von links wie rechts“ gerichtet. Er traf aber fast ausschließlich sich als links verstehende Aktivistinnen und Aktivisten unterschiedlichster Couleur.

Vor allem Tätigkeiten im Öffentlichen Dienst waren von diesem bald als Berufsverbote bezeichneten Vorgehen direkt betroffen.

Grundlage für die Einstufung als „Verfassungsfeind“ war die Bespitzelung durch den „Verfassungsschutz“ im Bund und in den Ländern. Es gelang den Regierenden damit, ein Klima der Angst zu verbreiten und demokratisches oder gar gesellschaftskritisches Engagement massiv einzudämmen.

1985 erfolgte endlich die endgültige Abschaffung der sogenannten Regelanfrage beim „Verfassungsschutz“, in Bayern sogar erst fünf Jahre später.

Bundesweit sind insgesamt 3,5 Millionen Menschen auf ihre „Verfassungstreue“

überprüft worden. Es ist von 11.000 offiziellen Berufsverbotsverfahren und von 2.200 Disziplinarverfahren auszugehen. 1.250 überwiegend als „linksextrem“ eingestufte Personen wurde der Zugang zum Staatsdienst verwehrt, 265 vom Berufsverbot Betroffene wurden daraus sogar entlassen.

Eines der ersten Opfer des „Radikalenerlasses“ war übrigens unser Genosse Ernest Mandel – Widerstandskämpfer, KZ-Häftling und führendes Mitglied der IV. Internationale. Ihm wurde Ende Februar 1972 nicht nur die Einreise in die BRD, sondern auch die Aufnahme seiner Tätigkeit als Professor an der Freien Universität (West-) Berlin verweigert.

Es ist völlig unakzeptabel, dass die Rehabilitierung und die Entschädigung der durch die Berufsverbote geschädigten Menschen auch 50 Jahre später immer noch ausstehen. Ergänzt wird dieser Skandal dadurch, dass es immer noch Versuche

gibt, linke Aktivisten wie den Heidelberger Lehrer Michael Csaszkcóczy einzuschüchtern und zu kriminalisieren (weitere Infos unter <http://www.berufsverbote.de/index.php/Radikalenerlass.html>).



Foto: Gemeinfrei.

Ernest Mandel, eines der allerersten Opfer der Berufsverbote.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- SO, 06.02.2022, 11:00 Uhr, Virtuelle Bildungsreihe der ISO
- DO, 10.02.2022, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- DO, 10.02.2022, 19:00 Uhr, Viko #ZeroCovid Rhein-Neckar
- MO, 14.02.2022, 17:00 Uhr, One Billion Rising, Marktplatz MA*
- DI, 15.02.2022, 19:00 Uhr, Mexiko-Veranstaltung, Gewerkschaftshaus MA*
- DO, 24.02.2022, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- FR, 25.02.2022, 19:00 Uhr, Hybrider ISO-Infoabend zu den Betriebsratswahlen*

* [Jeweils mit strikter Beachtung der Gesundheitsschutzregeln.]

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

